

hängt damit zusammen, daß in Südwürttemberg-Hohenzollern überdurchschnittlich viele große Wohnungen für Wohnungsuchende mit geringem Einkommen bewilligt wurden. Aus dem gleichen Grund war die Wohnfläche je Wohnung bei dem zuletzt genannten Personenkreis in Nordwürttemberg größer als in Südbaden, obwohl bei den bewilligten Wohnungen insgesamt die Verhältnisse umgekehrt lagen.

Aber nicht nur die Wohnfläche je Wohnung, auch die Wohnfläche je Raum ist im Jahr 1962 gegenüber dem Vorjahr größer geworden. Im Landesdurchschnitt ergab sich eine Raumfläche von 17,6 qm, die damit um 0,3 qm über dem Ergebnis des Vorjahres lag. Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Wohnungsgröße nach der Raumzahl lag die größte Streuung zwischen der Raumfläche in den 5-Raum-Wohnungen Nordwürttembergs (16,7 qm) und der Raumfläche in 1- oder 2-Raum-Wohnungen Südbadens mit 22,1 qm. In der Regel waren die Räume in den Wohnungen des badischen Landesteils bei allen Wohnungsgrößen größer als in den württembergischen Regierungsbezirken mit Ausnahme der Wohnungen mit 7 oder mehr Räumen.

Das Finanzierungsvolumen erreicht nahezu 1,5 Milliarden DM

Die Steigerung des gesamten Finanzierungsvolumens auf nahezu 1,5 Mrd. DM bedeutete eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr von über 270 Mill. DM. An diesem Betrag waren die öffentlichen Mittel mit nicht ganz 60 Mill. DM, die Kapitalmarktmittel mit knapp 90 Mill. DM und die sonstigen Mittel mit 125 Mill. DM beteiligt. An echtem Eigenkapital wurden im Jahr 1962 81 Mill. DM mehr eingesetzt als im Vorjahr. Kapitalmarktmittel und echtes Eigenkapital hatten also ungefähr in gleichem Umfang den höchsten absoluten Zuwachs unter den Hauptfinanzierungsmitteln des sozialen Wohnungsbaus.

Das Verhältnis der Hauptfinanzierungsmittel zueinander im ganzen Land wurde bereits besprochen. Wie auch in früheren Jahren ergaben sich aber in den Regierungsbezirken erhebliche Abweichungen hiervon. Die öffentlichen Mittel waren an der Finanzierung der Bauvorhaben in den badischen Landesteilen erheblich stärker beteiligt als in Nordwürttemberg und Südwürttemberg-Hohenzollern. Die Quoten für die letzteren beliefen sich auf 17,5 % bzw. 18,7 %, während die Beteiligung der öffentlichen Mittel in Südbaden 22,1 % und in Nordbaden sogar 27,8 % betrug. Die Gemeinden und Gemeindeverbände setzten für den sozialen Wohnungsbau 6,5 Mill. DM weniger ein als im Vorjahr. Diese Mittel sind nur in Nordbaden von einiger Bedeutung. In den übrigen Regierungsbezirken hielten sie sich in den Grenzen von weniger als 1 % bis zu 4 bis 5 %, gemessen am gesamten Einsatz öffentlicher Mittel in den Regierungsbezirken.

Kapitalmarktmittel wurden anteilmäßig in allen Regierungsbezirken in etwa dem gleichen Umfang in Anspruch genommen. Die Quoten streuten von 39,9 % im Regierungsbezirk Nordbaden über 41,5 % und 41,8 % in Südwürttemberg-Hohenzollern und Nordwürttemberg bis zu 42,3 % in Südbaden. Die einzelnen Finanzierungsquellen waren jedoch ganz unterschiedlich in den Regierungsbezirken vertreten. So waren die

Die Finanzierung des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus 1962

Finanzierungsquelle	Baden- Württemberg		Von den Gesamther- stellungskosten der Bau- vorhaben insgesamt entfallen auf			
	Bauvor- haben inse- gesamt	darunter vollge- forderte Bauvor- haben	Nord- würt- tem- berg	Nord- baden	Süd- baden	Süd- würt- t. Ho- hen- zollern
	In 1000 DM		in %			
Summe aller Finanzierungsmittel ...	1465 077	977 960	41,9	23,8	19,4	14,9
Davon Öffentl. Mittel insgesamt	308 283	230 322	34,9	31,5	20,4	13,2
und zwar						
Bundes-, Landes- und Lastenausgleichsmittel	289 099	214 019	36,4	28,9	20,7	14,0
Mittel der Gemeinden und Gemeindeverbände	19 184	16 303	12,4	70,6	15,1	1,9
Kapitalmarktmittel insgesamt	606 548	420 234	42,3	22,9	19,9	14,9
darunter						
Pfandbriefinstitute ...	206 947	144 797	38,3	27,3	20,5	13,9
Sparkassen	176 594	119 621	46,3	17,3	17,3	19,1
Privatversicherungen .)	80 455	60 653	45,0	23,3	19,6	12,1
Sozialversicherungen .)						
Bausparkassen	90 089	61 233	50,6	15,5	19,4	14,5
Sonstige Mittel insgesamt	550 246	327 404	45,3	20,5	18,4	15,8
darunter						
Echtes Eigenkapital ..	411 925	258 415	44,7	20,8	18,6	15,9

Pfandbriefinstitute an der Finanzierung in den badischen Landesteilen stärker beteiligt, während die Sparkassen in den württembergischen Teilen des Landes mehr in den Vordergrund traten. Privat- und Sozialversicherungen, die im Durchschnitt 13,3 % aller Kapitalmarktmittel zur Verfügung stellten, waren in Südwürttemberg-Hohenzollern am schwächsten vertreten. Der Anteil der Bausparkassen war in Nordwürttemberg besonders hoch, während in Nordbaden nur 10 % der Kapitalmarktmittel durch Bausparkassen vergeben wurden.

Zu den sonstigen Mitteln zählen echte Eigenleistungen der Bauherren wie Bargeld und Guthaben, Wert des Baugrundstücks, sowie Selbsthilfe, ferner unechte Eigenleistungen wie Darlehen von Verwandten oder Gefälligkeitsdarlehen, oder auch gestundete Anliegerbeiträge und Erschließungskosten; ferner fallen Arbeitgeber- oder Eingliederungsdarlehen, Mieterdarlehen oder Mietsvorauszahlungen unter die sonstigen Mittel. Hauptbestandteil der sonstigen Mittel ist das echte Eigenkapital, das am Gesamtfinanzierungsvolumen in Nordwürttemberg und Südwürttemberg-Hohenzollern zu drei Zehnteln, in den badischen Landesteilen zu einem Viertel beteiligt war. Insgesamt machten die sonstigen Mittel in den württembergischen Landesteilen zwei Fünftel, in Nord- und Südbaden ein Drittel der Gesamtfinanzierungskosten aus.

Diplomvolkswirt Hans Maier

Die Umsätze und ihre Besteuerung 1962

Vorläufige Hauptergebnisse der Umsatzsteuerstatistik 1962

Vorbemerkungen

Während es sich bei den Statistiken für die Jahre 1955 bis 1961 um Erhebungen in vereinfachter Form handelte, wurde die Umsatzsteuerstatistik für das Kalenderjahr 1962 aufgrund des Gesetzes vom 9. April 1962 (BGBl. I S. 549) im Bundesgebiet und Berlin (West) – ähnlich wie für 1954 – nach einem umfassenden Erhebungsprogramm durchgeführt. Sie bringt

wesentliches zusätzliches Material vor allem für die Umsatzsteuerreform und für die Konzentrationsuntersuchungen durch Aufgliederung der versteuerten Umsätze nach Steuersätzen und der steuerfreien Umsätze nach Befreiungsvorschriften. Als Erhebungsmaterial dienen Statistische Blätter, deren Angaben von den Finanzämtern (wie seit 1954) größtenteils den Überwachungsbogen zu entnehmen waren. Mit dem Jahr 1962

wurde die Umsatzsteuerstatistik auf die neue Systematik der Wirtschaftszweige umgestellt. Dabei mußten die alten Gewerkekennziffern (nach der Arbeitsstättenstatistik 1950) vom Statistischen Landesamt durch die Gewerkekennziffern der neuen Systematik ersetzt werden. Bei dieser Änderung wurden die steuerstatistischen Blätter, soweit das möglich war, mit den Unterlagen der Arbeitsstättenzählung 1961 und der Handels- und Gaststättenzählung 1960 zusammengeführt zwecks gleichmäßiger Zuordnung der Unternehmen nach dem Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Tätigkeiten. Im übrigen wurden die alten Gewerkekennziffern mit Hilfe eines Umsteigeschlüssels durch die neuen Gewerkekennziffern ersetzt. Die Umstellung auf die neue Systematik verhindert bei vielen Wirtschaftszweigen die Vergleichbarkeit mit den Vorjahren. Zur Überbrückung dieser Lücke der Entwicklungsreihe ist noch eine Sonderuntersuchung beabsichtigt. Die hiermit bekanntgegebenen Hauptergebnisse für Baden-Württemberg sind noch nicht endgültig.

Gesamtüberblick

Die Gesamtzahl der in die Aufbereitung einbezogenen Steuerpflichtigen mit Jahresumsätzen von 12 500 DM bzw. 20 500 DM und mehr hat im Jahr 1962 weiter zugenommen; sie erhöhte sich von 235 000 im Jahr 1961¹ um 1,8 % auf rund 239 200. Dieser weitere Zugang von Unternehmen erklärt sich wie in den Vorjahren sowohl durch den Überschuß der Neugründungen über die Auflösungen als auch durch das weitere Hineinwachsen bereits vorhandener Kleinunternehmen in die statistische Erfassung infolge Überschreitung der Freigrenzen.

Gesamtergebnisse der Umsatzsteuerstatistik 1962

Wirtschaftsbereich ¹⁾	Steuerpflichtige ²⁾		Gesamtumsatz		Umsatzsteuer		Durchschnittl. Steuerbelastung
	insges.	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	
Produzierendes Gewerbe ...	88 308	36,9	70 128	61,8	2 104,1	71,8	3,00
Industrie ...	15 869	6,6	57 996	51,1	1 678,2	57,3	2,89
Handwerk ³⁾ ...	66 089	27,6	10 916	9,6	386,7	13,2	3,54
Sonstiges ...	6 350	2,7	1 216	1,1	39,2	1,3	3,22
Großhandel ...	16 685	7,0	19 561	17,2	167,8	5,7	0,86
Einzelhandel ...	53 669	22,4	13 337	11,8	414,8	14,2	3,11
Handelsvermittlung ...	8 050	3,4	815	0,7	20,5	0,7	2,51
Forstwirtschaft ⁴⁾ ...	3 227	1,4	450	0,4	9,1	0,3	2,03
Übrige Wirtschaftsbereiche ⁵⁾ ...	69 193	28,9	9 197	8,1	214,6	7,3	2,33
Insgesamt ⁶⁾ ...	239 132	100	113 488	100	2 930,9	100	2,58
Dagegen 1961	235 000		103 978		2 710,1		2,61

¹⁾ Gewerbliche Zuordnung nach der neuen Systematik der Wirtschaftszweige 1961. — ²⁾ Ohne die Kleinunternehmen mit Gesamtumsätzen unter 12 500 DM, bei freien Berufen, Handelsvertretern und Maklern unter 20 500 DM. — ³⁾ Ohne das Dienstleistungshandwerk, das unter „Übrige Wirtschaftsbereiche“ nachgewiesen ist. — ⁴⁾ Ferner Tierhaltung und Fischerei. — ⁵⁾ Ohne Landwirtschaft sowie ohne steuerfreie Bank- und Versicherungsumsätze.

Die Gesamtumsätze haben sich 1962 gegenüber dem Vorjahr um 9,51 Mrd. DM = 9,1 % auf 113,49 Mrd. DM erhöht. Dagegen ist das *Steuersoll* infolge von Steuererleichterungen nur um 210,8 Mill. DM = 8,1 % auf 2,93 Mrd. DM angestiegen; es beträgt 2,58 % der Umsatzwerte gegenüber 2,61 % im Vorjahr. Den verhältnismäßig hohen Durchschnittssteuersätzen des Handwerks (3,54 %) und des Sonstigen produzierenden Gewerbes (3,22 %) kam wie bisher jener des Einzelhandels (3,11 %) am nächsten, da in diesen Wirtschaftsbereichen — bei nur geringen Steuererleichterungen — im allgemeinen der Steuersatz von 4 % Anwendung findet. Der Großhandel hatte naturgemäß die niedrigste Steuerbelastung (0,86 %). Die obengenannten Zuwachsraten der Gesamtumsätze und der

Umsatzsteuervorauszahlungen liegen infolge der weiteren Abschwächung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums unter denen der drei Vorjahre.

Zuwachsraten der Gesamtumsätze und der Umsatzsteuer

Jahr	Steuer- pflichtige	Gesamt- umsatz	Umsatz- steuer	Zunahme gegen Vorjahr	
				Gesamt- umsatz	Umsatz- steuer
		Mill. DM			%
1958 ¹⁾	230 901	74 622	1 953,0	4,3	5,2
1959 ¹⁾	236 525	82 556	2 163,1	10,6	10,8
1960 ¹⁾	243 732	94 377	2 460,9	14,3	13,8
1960 ²⁾	236 099	94 294	2 460,0		
1961 ³⁾	235 000	103 978	2 710,1	10,3	10,2
1962 ³⁾	239 132	113 488	2 930,9	9,1	8,1

¹⁾ Zu Vergleichszwecken mit den Jahren 1960 bis 1962 Gesamtergebnisse gekürzt auf Steuerpflichtige mit Gesamtumsätzen von 10 000 DM und mehr. — ²⁾ Angaben für Steuerpflichtige mit Gesamtumsätzen von 12 000 DM und mehr. — ³⁾ Desgleichen von 12 500 DM und mehr.

Auf einen Vergleich der Gesamtangaben für die einzelnen Wirtschaftshauptbereiche aus der Umsatzsteuerstatistik 1962 mit denen der Vorstatistik kann nach dem derzeitigen Stand der Aufbereitung für 1962 noch nicht eingegangen werden. Die Gegenüberstellung der Gesamtergebnisse für die einzelnen Wirtschaftsbereiche mit denen des Vorjahres läßt aber beispielsweise schon erkennen, daß in den Sparten des *Sonstigen produzierenden Gewerbes* die von der Zusammenführung mit der Arbeitsstättenzählung 1961 erwartete Aufteilung auf andere Wirtschaftsbereiche erreicht worden ist. Andererseits zeigt sich eine starke Zunahme der Pflichtigenzahl insbesondere bei den *Übrigen Wirtschaftsbereichen*² einschließlich Handelsvermittlung.

Eine gut vergleichbare wirtschaftliche Zuordnung ist für die beiden Jahre jedoch bereits in der Sonderauszählung der Unternehmen mit Vorjahresumsätzen gegeben. Ausgeschaltet sind hier außer den systematischen und methodischen Zuordnungsunterschieden auch die Fluktuationsunterschiede. Außerdem sind darin nicht die neuen oder die in ihrer Zusammensetzung veränderten Organkreise enthalten. Nach dieser Sonderauszählung ergibt sich für die einzelnen Wirtschaftshauptbereiche folgende Umsatzentwicklung:

Steuerpflichtige 1962 mit vergleichbaren Vorjahresumsätzen

Wirtschaftsbereich	Steuerpflichtige ¹⁾	Gesamtumsatz		Zunahme d. Umsatzes 1962 gegen 1961 in %
		1961	1962	
		Mill. DM		
Produzierendes Gewerbe	78 501	59 547,6	64 655,5	8,6
Industrie	14 664	49 544,1	53 651,4	8,3
Handwerk ²⁾	59 810	9 263,3	10 208,2	10,2
Sonstiges	4 027	740,2	795,9	7,5
Großhandel	14 832	16 650,5	18 114,4	8,8
Einzelhandel	47 657	11 376,5	12 394,9	9,0
Handelsvermittlung	6 949	652,2	718,7	10,2
Forstwirtschaft ³⁾	2 394	384,0	385,7	0,5
Übrige Wirtschaftsbereiche ⁴⁾ .	59 566	7 642,1	8 266,2	8,2
Insgesamt ⁴⁾	209 899	96 252,9	104 535,4	8,6

¹⁾ Nur Steuerpflichtige, die in beiden Jahren ganzjährige Umsätze von 12 500 DM und mehr hatten, bei freien Berufen, Handelsvertretern und Maklern 20 500 DM und mehr. — ²⁾ bis ⁴⁾ siehe Anmerkungen ²⁾ bis ³⁾ der Tabelle „Gesamtergebnisse“.

Danach weisen 1962 überdurchschnittliche Umsatz-Zuwachsraten die *Handelsvermittlung* und das *Handwerk* mit jeweils 10,2 % sowie der *Einzel- und Großhandel* mit 9,0 bzw. 8,8 % aus. Es folgen die *Industrie* mit 8,3 % und das *Sonstige produzierende Gewerbe* mit 7,5 % sowie die *Übrigen Wirtschaftsbereiche* mit 8,2 %. Für die *Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei* wurde eine Zuwachsrate von lediglich 0,5 % ermittelt. Zwischen der Gesamtzahl der Steuerpflichti-

²⁾ Diese umfassen Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbscharakter sowie Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

¹⁾ Vgl. *Statistische Monatshefte Baden-Württemberg*, 10. Jg. 1962, Heft 10, S. 353 ff. und *Statistische Berichte*, Nr. L II 3 - j/61 vom 2. Mai 1963.

Steuerpflichtige und Gesamtumsätze 1962 und 1961 nach Umsatzgrößenklassen

Umsatzgrößenklasse DM	Kalenderjahr 1962				Kalenderjahr 1961			
	Steuerpflichtige		Gesamtumsatz		Steuerpflichtige		Gesamtumsatz	
	insgesamt	%	Mill. DM	%	insgesamt	%	Mill. DM	%
12 500 bis unter 20 000	18 216	7,6	295	0,3	20 040	8,5	323	0,3
20 000 " " 50 000	64 251	26,9	2 161	1,9	65 884	28,0	2 207	2,1
50 000 " " 100 000	57 896	24,2	4 166	3,7	56 968	24,3	4 088	3,9
100 000 " " 120 000	13 848	5,8	1 519	1,3	13 316	5,7	1 461	1,4
120 000 " " 250 000	41 391	17,3	7 118	6,3	38 817	16,5	6 666	6,4
250 000 " " 500 000	21 242	8,9	7 336	6,5	19 264	8,2	6 665	6,4
500 000 " " 1 Mill.	10 195	4,3	7 087	6,3	9 393	4,0	6 510	6,3
1 Mill. " " 10 Mill.	10 762	4,5	29 364	25,8	10 106	4,3	27 413	26,4
10 Mill. " " 50 Mill.	1 152	0,5	22 526	19,8	1 052	0,5	20 531	19,7
50 Mill. " " 100 Mill.	100	0,0	6 926	6,1	88	0,0	6 125	5,9
100 Mill. und mehr	79	0,0	24 990	22,0	72	0,0	21 989	21,2
Insgesamt	239 132	100	113 483	100	235 000	100	103 978	100

gen und den vergleichbaren Fällen errechnet sich eine Differenz von 29 233 und betragsmäßig eine solche von rund 9 Mrd. DM. Dabei ergibt sich eine Gesamtzuwachsrate der vergleichbaren Unternehmen von 8,6 % gegenüber 9,1 % bei allen erfaßten Unternehmen.

Umsatzgrößenklassen

Das anhaltende Wirtschaftswachstum hatte zur Folge, daß auch 1962 zahlreiche Unternehmen in die nächsthöheren Umsatzgrößenklassen aufstiegen. Obwohl eine nicht unbedeutende Zahl von Kleinunternehmen dazukam, ist in den untersten Größenklassen von 12 500 bis unter 50 000 DM die Pflichtigenzahl weiter zurückgegangen. Dafür sind, wie die obenstehende Tabelle zeigt, alle ausgewiesenen darüberliegenden Größenklassen stärker mit Steuerpflichtigen besetzt als 1961.

Fast drei Fünftel aller Steuerpflichtigen (58,7 %) hatten danach 1962 Umsätze von 12 500 bis unter 100 000 DM; am

Gesamtumsatz waren diese mit 5,9 % beteiligt. Im Vorjahr betrugen die entsprechenden Anteile 60,8 bzw. 6,3 %. Weitere 20,4 % (im Vorjahr 20,5 %) des Umsatzes entfielen auf die 86 677 Unternehmen = 36,3 % der Gesamtzahl (im Vorjahr 80 790 = 34,4 %), die 100 000 DM bis unter 1 Mill. DM umsetzten. Die Zahl der Unternehmen mit Millionenumsätzen stieg gegenüber dem Vorjahr um 775 auf 12 093 = 5 % aller Steuerpflichtigen, ihr Anteil am Gesamtumsatz von 73,2 % auf 73,7 %. Darunter waren 1331 (im Vorjahr 1212) Großunternehmen mit Umsätzen von 10 Mill. DM und mehr. Auf diese konzentrierten sich 47,9 % (im Vorjahr 46,8 %) des Gesamtumsatzes.

Diplomvolkswirt Erich Stülhammer

Berichtigung Heft 9/1963

Durch ein drucktechnisches Versehen ist auf Seite 251 in der untenstehenden Tabelle die Zahl des Normalwohnungsbestandes am 31. 12. 1962 für den Landkreis Balingen zu berichtigen. Statt 23 215 muß diese Zahl 32 215 heißen.

In der November-Ausgabe lesen Sie u. a.:

Bauerfolg und Bauplanung 1962

Die öffentliche Fürsorge in den Jahren 1961 und 1962

Realsteueraufkommen und Realsteuerhebesätze 1962

Die Arbeitskosten in ausgewählten Industriezweigen 1961

Vorausergebnisse der Veranlagungen der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer für das Jahr 1961, gegliedert nach Stadt- und Landkreisen